

Youth Future Day auf dem Bremer Marktplatz

Offene Jugendarbeit muss finanziert werden

Zu einem Youth Future Days luden die Träger der Offenen Jugendarbeit am 2. Juli auf den Bremer Marktplatz ein.

Hintergrund: Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) setzt sich für eine ausreichende Finanzierung der Angebote ein.

Von Sport und Spiel, Demokratisierung und Empowerment bis Kunst und Kultur: Offene Jugendarbeit bietet geschützte Räume, in denen sich junge Menschen ausprobieren können. "Wir wollen an diesem Tag unseren Jugend-

lichen die Möglichkeit geben, selbst zu zeigen, was sie alles auf die Beine stellen und wie sie die Stadt bewegen. Junge Menschen brauchen Räume in dieser Stadt, in denen sie sich frei und vor allem freiwillig entfalten können", sagt Ulli Barde vom Verein Sportgarten.

Vor der Bürgerschaftswahl haben die Träger der Jugendarbeit in der LAG FW den Austausch mit den Parteien gesucht und die Forderungen nach einer verlässlichen Ausstattung der Jugendarbeit kommuniziert. Auch wenn der Etat in der Vergangenheit leicht gestiegen ist, reicht der derzeitige finanzielle Rahmen nicht aus um das einstimmig beschlossene Konzept zur Offenen Jugendarbeit umzusetzen. Notwendig ist eine gesicherte Finanzierung der Aufgaben, auch für Instandhaltungs- und Sanierungsbedarfe der Einrichtungen und für stadtzentrale Vorhaben und Projekte.

Ein Ergebnis: Die offene Jugendarbeit wurde von der zukünftigen Regierungskoalition als ein zentrales Politikfeld identifiziert. Wie ernst diese Absichten sind, wird sich in den zukünftigen Haushaltsberatungen zeigen.



Bremer Wohltätigkeit

Umfangreiches Auskunfts-, Find- und Lesebuch zur Bremer Wohlfahrtspflege veröffentlicht

"Der Verein verdankt sein Dasein der Bewegung, welche in den letzten Jahrzehnten die Notwendigkeit des erwerblichen Arbeitens so vieler unbeschäftigter und unversorgter Frauen aus den verschiedensten Ständen hervorgerufen. Es brach sich immer mehr die Erkenntnis Bahn, dass auch die Frau bis zu einem gewissen Grade fähig und berechtigt sei, an der Arbeit der Männerwelt teilzunehmen und gleich ihm Brot zu verdienen... Der hiesige Frauen-Erwerbsverein besteht seit 1867. In ihm besteht eine Fortbildungsschule, eine Nähschule und eine Ausbildungsanstalt für Kinderpflegerinnen. Einige hundert Mitglieder gehören ihm an. An den Sonntagabend-Unterhaltungen werden in ihm Vorträge von hiesigen Predigern der liberalen Richtung, Lehrern und anderen gehalten."

So beschrieb 1881 ein Auskunftsbuch die Arbeit des Frauen-, Erwerbs- und Ausbildungsvereins, einer langjährigen Mitgliedsorganisation des Paritätischen Bremen.

Nachzulesen im jetzt veröffentlichten Werk Bremer Wohltätigkeit. Verfasst wurde das über 2000 Seiten dicke Werk (es liegt auch als CD vor) plus Registerband von Jürgen Blandow, einem ehemaligen Sozialpädagogik-Professor der Uni Bremen und Vorsitzendem des Paritätischen Bremen von 1991 bis 2004.

Über viele Jahre hat Jürgen Blandow alles zusammengetragen, was die Bremer Wohlfahrtspflege vom beginnenden 19. Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs ausmachte. "Mich haben neben großen Linien immer auch die kleinen Dinge, das Alltägliche und die Alltagsgeschichte interessiert. Was dachten die Leute damals, wie tickten sie, was trieb sie an, was machte sie stolz und was galt ihnen als Misserfolg. Ich habe deshalb viele scheinbare Nebensächlichen besonders gerne aufgenommen: Essenspläne, Hausordnungen für Anstalten, An-

weisungen für Kinder, Verhaltensregeln für Mütter", so Jürgen Blandow.

Es ist eine Arbeit geworden, die ein wichtiges Stück der Bremer Geschichte und des Bremer Selbstbewusstseins berührt. Bremen war über viele Jahrhunderte hinweg stolz auf seine wohltätigen Bürger und seine wohltätigen Werke. "Bremer Wohltätigkeit" beschreibt freilich nicht die die zumeist dem Kaufmannsstand angehörenden vielen Wohltäter. Es lädt vielmehr dazu ein, nachzulesen, was aus ihrem Geld wurde.

Ein guter Teil des Geldes floss in einen Bereich, den man heute der freien Wohlfahrtspflege zurechnet: Für die Kinder armer, auf Berufstätigkeit angewiesener Mütter, waren Versorgungseinrichtungen über den Tag, Kinderbewahranstalten und Knaben- und Mädchenhorte, für die Kleinsten Krippen, einzurichten. Um Jugendliche von der Straße zu bringen, und sie vor Verwahrlosung und dem Abrutschen in Kriminalität zu bewahren, fand man es richtig, sie in Jünglings- und Jungfrauenvereine zu integrieren.

Für Personen, die unverschuldet in Not gekommen waren, die sogenannten "verschämten Armen" waren Hilfen zu organisieren, die ihnen den diskriminierenden Gang zum öffentlichen Armenwesen ersparten. Man hatte sich um kranke, behinderte, erholungsbedürftige und alte Menschen zu kümmern, für sie häusliche Dienste einzurichten, Krankenhäuser, Altenheime und Einrichtungen für die Erholungsfürsorge zu bauen und zu unterhalten.

Es ging um vorbeugende Maßnahmen gegen die Volkskrankheit Tuberkulose und um Maßnahmen zur Eindämmung der enorm hohen Säuglingssterblichkeit. "Gefährdete", sittlich verkommende und schon "gefallene" Mädchen und junge Frauen waren aus ihrem Verderben zu reißen und zu retten. Aus den Gefängnissen Entlassene mussten in die Gesellschaft integriert werden, Wohnungslose waren zu beherbergen und mit Arbeit zu versorgen. Für Arbeiterfamilien waren gesunde Wohnungen zum erschwinglichen Preis zu erbauen. All das wurde kaum staatlich finanziert, private Geldgeber waren deshalb notwendig.

Beschrieben werden nahezu alle sozialen Vereinigungen, die zumindest eine Zeitlang zwischen 1800 und 1933 bestanden. Dies sind etwa 240 Stiftungen oder Vereine sowie weitere Zusammenschlüsse. In den drei Registern findet man Personen, Vereine incl. Behörden und kommunale Ämter sowie Arbeitsgebiete. Im Teil E sind die im Fünften Wohlfahrtsverband, seit 1932 dann Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband genannt, organisierten Vereine beschrieben.

Jürgen Blandow: Bremer Wohltätigkeit. Ein Auskunfts-, Find- und Lesebuch zu milden Stiftungen, wohltätigen Vereinen, gemeinnützigen Anstalten und zur Armen- und Gemeindepflege der Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Stadtgemeinde Bremen. Vom beginnenden 19. Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs.

Schriften des Staatsarchivs Bremen Band 59 / Selbstverlag des Staatsarchivs Bremen 2019





30 Jahre Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft in Bremen

Eine Heilung der Multiplen Sklerose, kurz MS, ist nicht in Sicht. Wohl aber gibt es heute viele Medikamente und Therapien, die den Verlauf dieser Erkrankung des zentralen Nervensystems positiv beeinflussen und verzögern können. Individuelle und kontinuierliche Beratung ist wichtig, da MS oft in Schüben auftritt und bei jedem Betroffenen unterschiedlich verläuft. Diese Beratung leistet die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft in Bremen seit 30 Jahren.

Wie wichtig die Arbeit des Vereins ist, zeigt die hohe Mitgliederzahl. Rund 1400 MS-Betroffene gibt es in Bremen, rund 550 Mitglieder - Erkrankte und Angehörige - hat der Verein. Die Beratung ist vielfältig und umfasst Fragen zum Krankheitsbild, zu Therapien und zur Reha, aber auch Fragen zum Sozialrecht, zur Rente, zur Pflege oder zu Wohnmöglichkeiten. Auch die Selbsthilfe spielt für den Verein eine große Rolle. Elf Selbsthilfegruppen gibt es in Bremen in verschiedenen Stadtteilen, zwei Gruppen gibt es in Bremerhaven. "Die Gruppen haben unterschiedliche



30 Jahre DMSG in Bremen. Der Verein feierte mit einem Tag der Offenen Tür.

Schwerpunkte. Es gibt eine Gruppe mit jungen Erkrankten, eine Angehörigengruppe und eine Gruppe, die sich mit alternativen Behandlungsmethoden beschäftigt", sagt Beraterin Simone Bücking.

Finanziert wird die Arbeit des Vereins durch Mitgliederbeiträge, durch Spenden und durch die Carl und Grete Schröder Stiftung. Das Ehepaar vermachte sein Vermögen der gleichnamigen Stiftung, die es für den Ankauf und den Umbau einer Immobilie nutzte. Seit 2002 kann die MS-Gesellschaft diese Räume an der Brucknerstraße in Bremen-Horn kostenfrei nutzen.

Wie sozial wird Bremen?

Der Paritätische Bremen bewertet die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen

Die vielfältigen Probleme im Bundesland Bremen stellen hohe Anforderungen an die künftige Sozialpolitik. Armut und Kinderarmut müssen wirksam bekämpft werden. Sozialwohnungen müssen geschaffen werden. Effektive kommunale Gesundheitspolitik muss gefördert werden. Große Herausforderungen bestehen auch in den Bereichen Pflege, offene Jugendarbeit und Kindertagesbetreuung.

Wie will die zukünftige Landesregierung diese Aufgaben meistern? Zu Beginn der Koalitionsverhandlungen hatte der Paritätische Bremen Anforderungen an die künftige politische Ausrichtung gestellt. "Wir freuen uns, dass etliche unserer Forderungen Eingang in den Entwurf der Koalitionsvereinbarungen gefunden haben", sagt Wolfgang Luz, Vorstand des Paritätischen Bremen.

So begrüßt der Verband, dass die Bekämpfung der Kinderarmut als eines der prioritären Ziele gesehen wird, das sich die Koalitionäre für ihre zukünftige Finanzplanung vorgenommen haben. Der Paritätische fordert zudem schon seit langen eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung und begrüßt es ebenfalls, dass sich Bremen im Bund für eine Kindergrundsicherung einsetzen will.

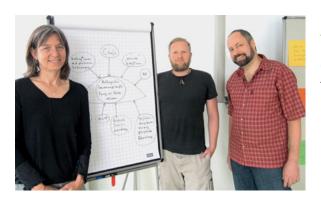
Weitere Themen sind die Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum, der Paritätische begrüßt die geplante Erhöhung der Sozialwohnungsquote in der Stadt Bremen auf 30 Prozent. "Wichtig ist es aber auch, dauerhafte Mietpreis- und Belegungsbindungen im öffentlichen Wohnraumbestand zu sichern und sich im Bund für eine Mietpreisbremse einzusetzen", sagt Luz. Bereits jetzt haben Krankenhäuser, ambulante Pflegedienste



und stationäre Pflegeheime große Schwierigkeiten, ausreichend qualifiziertes Personal zu finden, was zu Versorgungsengpässen führt. Der Paritätische Bremen begrüßt, dass die Sicherstellung von guter und ausreichender Pflege als ein wichtiges Zukunftsthema erkannt wird. "Um mehr Menschen für den Pflegeberuf

zu begeistern, müssen allerdings die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass sich möglichst viele Betriebe an der Ausbildung beteiligen. Die Bremer Landespolitik muss sicherstellen, dass die Rahmenbedingungen eine Steigerung der Ausbildungszahlen befördern und nicht behindern", so Luz. "Die Koalition wird sich an den Ergebnissen ihres politischen Handelns messen lassen müssen. Wir werden natürlich in allen sozialen Handlungsfeldern mit den neuen politisch Verantwortlichen konstruktiv zusammenarbeiten, aber sicher auch deren Arbeit in der kommenden Legislaturperiode kritisch begleiten", verspricht Wolfgang Luz.

Fortbildungsträger FOKUS startet "Unternehmen Inklusiv"



Fortbildungsträger FOKUS will mit Unternehmen zusammenarbeiten: Für das Projekt (v.l.) Monika Möhlenkamp, Jan Wiemann, Robert von Usslar

Psychische Erkrankungen sind nicht nur die zweithäufigste Ursache für Krankheitstage im Beruf, sie sind auch der häufigste Grund für Frühverrentungen. Wichtig ist es deshalb für Unternehmen, dass sie ihre Arbeitnehmer nach medizinischer Behandlung und Reha gut unterstützen, damit sie wieder am Arbeitsplatz Fuß fassen. Hilfe leistet hier das neue Projekt von FOKUS, dem Fortbildungsträger der Initiative zur Sozialen Rehabilitation. Das Besondere: Für das Projekt arbeiten Genesungsbegleiter, die selbst psychisch krank waren oder sind.

FOKUS bietet seit vielen Jahren sog. EX-IN-Fortbildungen an. Ein zentrales Element dabei ist das "Expertenwissen" von Betroffenen mit persönlicher Psychiatrie- und Krisenerfahrung. "Forschungen über "Peer support" haben ergeben, dass die Einbindung von Menschen mit eigener Erfahrung von Krankheit und Beeinträchtigung zu mehr Genesungsorientierung und mehr Empowerment bei den Betroffenen führt", sagt Projektleiterin Monika Möhlenkamp. Dieses Wissen will

man in dem Projekt jetzt auch für Prävention, Gesundheitsförderung und Wiedereingliederung nutzen.

Zunächst will man mit Bremer Unternehmen Kontakt aufnehmen, um das Angebot vorzustellen. Denkbar sind workshops für Führungskräfte, niedrigschwellige Beratungsangebote von Betroffenen für Betroffene oder die Mitwirkung an Gesundheitstagen oder betrieblichen Selbsthilfegruppen. "Wir können mit unserem Angebot das betriebliche Eingliederungsmanagement effektiv unterstützen", sagt Möhlenkamp.

Gefördert wird das Vorhaben bis Juni 2021 durch Aktion Mensch.

"Viele Zähne ohne Schmerzen, das liegt uns am Herzen"

Unter diesem Motto wollen die Bremer Suppenengel Obdachlose und Bedürftige über kostenlosen Zahnersatz zu informieren.

Obdachlose Menschen haben oft einen sehr schlechten Zustand der Zähne. Dies ist nicht nur ein Problem für ein schmerzhaftes Kauen, sondern es deutet auch auf einen schlechten Gesundheitszustand hin. Auch sind fehlende Zähne stigmatisierend: Man sieht den Menschen eingefallene Münder deutlich an.

Die Bremer Suppenengel haben bereits vor einem Jahr Zahnersatzmaterial von einem Bremer Unternehmen gespendet bekommen und eine Zahnarztpraxis gefunden, die Obdachlose und Bedürftige kostenlos behandelt. "Sehr willkommen wäre uns, wenn sich weitere Zahnärztlnnen finden, die ihre Hilfe kostenlos anbieten", sagt Suppenengel-Geschäftsführer Peter Valtink.

Die Bremer Suppenengel sind durch die mobile Essensausgabe vor Ort Ansprechpartner auch für die Zahnsorgen der Menschen und sorgen dann für den Kontakt sowie den Transport von und zu der Zahnarztpraxis.



Die Bremer Suppenengel unterstützen obdachlose Menschen bei einer guten Zahnversorgung.